

**Der Hospital
zum Heiligen Geist
in Biberach**



**Rechenschaftsbericht
zur Jahresrechnung
2010**

Inhaltsübersicht

1. Allgemeines	3
2. Verwaltungshaushalt	4
2.1 Ergebnis der Jahresrechnung	4
2.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht	4
2.3 Ergebnisanalyse Verwaltungshaushalt	7
2.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben	8
2.5 Haushalts- und Kassenreste	8
3. Vermögenshaushalt	10
3.1 Ergebnis der Jahresrechnung	10
3.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht	10
3.3 Ergebnisanalyse des Vermögenshaushalts	11
3.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben	12
3.5 Haushalts- und Kassenreste	12
4. Vermögensübersicht	13
4.1 Allgemeine Rücklage	13
4.2 Darlehen	13
4.3 Geldanlagen - allgemein	13
4.4 Geldanlagen - Vermögensverwaltung	14
4.5 Beteiligungen	15
5. Kassenmäßiger Abschluss und Gesamtabchluss	16
6. Risikobetrachtung	17
6.1 Originäre Stiftungsaufgaben	17
6.2 Vermögensverwaltung	17
7. Schlussbetrachtung	19

- Anlagen:**
- Anlage 1: Aufstellung über die Haushaltsreste
 - Anlage 2: Aufstellung über die Kasseneinnahmereste
 - Anlage 3: Finanzwirtschaftliche Kennzahlen auf einen Blick

1. Allgemeines

Mit Wirkung zum 01.01.2010 ist die neue Gemeindehaushaltsverordnung für die Doppik in Kraft getreten. Gleichzeitig ist die bisherige Fassung der Gemeindehaushaltsverordnung vom 07.02.1973, zuletzt geändert durch Verordnung vom 10.07.2001 außer Kraft getreten. Die bisherige Fassung der Gemeindehaushaltsverordnung gilt jedoch bis zur Einführung der Doppik (spätestens im Jahr 2016) weiter. Nachstehend aufgeführte Verweise auf die Gemeindehaushaltsverordnung beziehen sich auf die bisherige (kamerale) Fassung der Gemeindehaushaltsverordnung; gleiches gilt auch für die entsprechenden Vorschriften der Gemeindeordnung.

Gemäß § 95 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung (GemO) und § 39 Abs. 2 Ziff. 3 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Dargestellt werden gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen von den Haushaltsansätzen. Außerdem soll der Rechenschaftsbericht einen Überblick über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben.

Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Jahres 2010 bildet die am 15.03.2010 beschlossene Haushaltssatzung. Die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung wurde vom Regierungspräsidium Tübingen als Rechtsaufsichtsbehörde am 29.03.2010 bestätigt.

Die Buchhaltung des Hospitals wird seit Beginn des Haushaltsjahres 1978 mit dem kameralem landeseinheitlichen Verfahren "FIWES Classic" geführt. Die Datenverarbeitung und -speicherung erfolgt durch den Zweckverband "Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm". Die ordnungsgemäße Verarbeitung bzw. der Einsatz geprüfter Verfahren wurde vom Rechenzentrum noch nicht bestätigt. Erfahrungsgemäß wird die Bescheinigung erst im Sommer des Folgejahres ausgestellt.

Seit dem Jahr 2001 sind die Einnahmen und Ausgaben des Bürgerheims in der kameralen Jahresrechnung nicht mehr enthalten. Diese wurden aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes und der Pflegebuchführungsverordnung in einer separaten Rechnung in Anlehnung an das Eigenbetriebsrecht entsprechend kaufmännisch dargestellt. Ab dem Jahr 2005 wurde das Bürgerheim in Form einer gGmbH auch rechtlich verselbständigt.

Die Jahresrechnung 2010 wurde am 28.03.2011 wie folgt abgeschlossen:

	Haushaltsplan Euro	Rechnungsergebnis Euro	Abweichungen Euro
Verwaltungshaushalt	7.163.000,00	7.125.690,38	-37.309,62
Vermögenshaushalt	6.838.000,00	5.118.440,59	-1.719.559,41
Gesamt	14.001.000,00	12.244.130,97	-1.756.869,03

2. Verwaltungshaushalt

2.1 Ergebnis der Jahresrechnung

	Einnahmen Euro	Ausgaben ohne Zuführung Euro	Zuführung zum Vermögenshaushalt Euro
Haushaltsplan 2010	7.163.000,00	5.597.000,00	1.566.000,00
Ergebnis 2010	7.125.690,38	4.955.807,63	2.169.882,75
Abweichungen	-37.309,62	-641.192,37	603.882,75

Das Ergebnis des Verwaltungshaushalts, die Zuführung an den Vermögenshaushalt, ergibt im Jahr 2010 mit 2.169.882,75 € ein um 603.882,75 € besseres Ergebnis gegenüber der Planung. Die Gesamtzuführung an den Vermögenshaushalt entspricht damit einem Anteil von 30,45 % vom Volumen des Verwaltungshaushalts (Vorjahr: 42,10 %) und ist damit um 8,59 % höher als der geplante Anteil (21,86 %).

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt muss gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2 GemHVO mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung der Kredite gedeckt werden können. Die Auszahlungen für Tilgungen betragen im Jahr 2010 insgesamt 15.592,75 €. Die Zuführungsrate liegt damit deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbetrag.

Die nachfolgende Auswertung der Gruppierungsübersicht soll die Ursachen der Planabweichungen und damit die Verbesserung des Ergebnisses insgesamt aufzeigen.

2.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht

<u>Einnahmen Verwaltungshaushalt</u>		Plan 2010	Ergebnis 2010	Vergleich +/- Euro	%
		Euro	Euro		
10,11,12	Gebühren und ähnliche Entgelte	377.600,00	367.097,00	-10.503,00	5,15
13,14,15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten	3.411.040,00	3.622.328,36	211.288,36	50,83
16	Erstattungen				
162	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	12.780,00	12.782,30	2,30	0,18
168	von übrigen Bereichen	65.100,00	32.875,10	-32.224,90	0,46
17	Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke				
170	vom Bund			0,00	0,00
171	vom Land	7.500,00	7.520,56	20,56	0,11
172	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	833.000,00	733.822,53	-99.177,47	10,30
177	von privaten Unternehmen			0,00	0,00
1	Summe Hauptgruppe 1	4.707.020,00	4.776.425,85	69.405,85	67,03
20	Zinseinnahmen				
205-207	von unternehmerischen und übrigen Bereichen	310.080,00	367.992,23	57.912,23	5,16
26	weitere Finanzeinnahmen	15.200,00	32.375,14	17.175,14	0,45
27	Kalkulatorische Einnahmen	2.130.700,00	1.948.897,16	-181.802,84	27,35
2	Summe Hauptgruppe 2	2.455.980,00	2.349.264,53	-106.715,47	32,97
0-2	Einnahmen Verwaltungshaushalt	7.163.000,00	7.125.690,38	-37.309,62	100,00

Ausgaben Verwaltungshaushalt		Plan 2010	Ergebnis 2010	Vergleich +/-	
		Euro	Euro	Euro	%
40	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	26.750,00	19.124,28	-7.625,72	0,27
41	Besoldung, Entgelte	1.290.585,00	1.077.659,93	-212.925,07	15,12
42-43	Versorgung	117.595,00	102.256,42	-15.338,58	1,44
44	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	278.300,00	220.349,86	-57.950,14	3,09
45	Beihilfen und Unterstützungen	1.000,00	926,64	-73,36	0,01
46	Personalebenausgaben	23.100,00	7.619,62	-15.480,38	0,11
4	Summe Hauptgruppe 4	1.737.330,00	1.427.936,75	-309.393,25	20,04
50-51	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	200.100,00	199.687,60	-412,40	2,80
52	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	69.200,00	68.772,00	-428,00	0,97
53	Mieten und Pachten	21.980,00	18.014,56	-3.965,44	0,25
54	Bewirtschaftungskosten	244.300,00	222.755,11	-21.544,89	3,13
55	Haltung von Fahrzeugen	11.500,00	9.001,03	-2.498,97	0,13
56	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	12.550,00	7.699,15	-4.850,85	0,11
57-63	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	243.000,00	177.915,21	-65.084,79	2,50
64-66	Steuern, Geschäftsausgaben u. a.	69.210,00	46.721,98	-22.488,02	0,66
67	Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand				
672	an Gemeinden und Gemeindeverbände	270.000,00	259.286,60	-10.713,40	3,64
679	Innere Verrechnungen			0,00	0,00
68	Kalkulatorische Kosten	2.130.700,00	1.948.897,16	-181.802,84	27,35
5/6	Summe Hauptgruppe 5/6	3.272.540,00	2.958.750,40	-313.789,60	41,52
70	Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	19.330,00	19.321,98	-8,02	0,27
71	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke				
712	an Gemeinden und Gemeindeverbände	175.500,00	170.696,24	-4.803,76	2,40
714	an sonstigen öffentlichen Bereich	1.350,00	906,79	-443,21	0,01
715	an kommunale Sonderrechnungen			0,00	0,00
718	an übrige Bereiche	15.560,00	8.369,20	-7.190,80	0,12
73-79	Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	55.600,00	38.539,61	-17.060,39	0,54
7	Summe Hauptgruppe 7	267.340,00	237.833,82	-29.506,18	3,34
80	Zinsausgaben				
800	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	250,00	245,48	-4,52	0,00
801	an Land	2.100,00	2.081,29	-18,71	0,03
802	an Gemeinden und Gemeindeverbände	200,00	190,39	-9,61	0,00
803	an Zweckverbände u. dgl.	13.240,00	573,90	-12.666,10	0,01
808	an Kreditmarkt			0,00	0,00
84	Weitere Finanzausgaben	274.000,00	328.195,60	54.195,60	4,61
85	Deckungsreserve	30.000,00		-30.000,00	0,00
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt	1.566.000,00	2.169.882,75	603.882,75	30,45
8	Summe Hauptgruppe 8	1.885.790,00	2.501.169,41	615.379,41	35,10
4-8	Ausgaben Verwaltungshaushalt	7.163.000,00	7.125.690,38	-37.309,62	100,00

Abschluss der Sammelnachweise

Gemäß § 8 GemHVO können Einnahmen und Ausgaben, die jeweils zur gleichen Gruppe gehören oder sachlich eng zusammenhängen, in Sammelnachweisen veranschlagt werden. Die Ausgaben in den einzelnen Sammelnachweisen sind gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 GemHVO kraft Gesetzes gegenseitig deckungsfähig.

Bezeichnung	Plan 2010 Euro	Ergebnis 2010 Euro	Vergleich Euro
--------------------	---------------------------	-------------------------------	---------------------------

1. Personalaufwendungen (SN 400)	1.737.330,00	1.427.936,75	-309.393,25
----------------------------------	--------------	--------------	-------------

Bei den Personalaufwendungen konnten im Jahr 2010 insgesamt Wenigeraufwendungen in Höhe von 309.393,25 € erreicht werden. Nachdem die Kinderkrippe Talfeld noch nicht wie im Haushalt

2010 unterstellt, zum 01.09.2010 ihren Betrieb aufnehmen konnte, sind allein hier rd. 99.000 € an geplanten Aufwendungen entfallen. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen aus den neuen Tarifvereinbarungen für den Erziehungs- und Sozialdienst höher kalkuliert, mit der Folge, dass bei der Kinderkrippe Mühlweg einschließlich der Außengruppe Waldseer Straße insgesamt rd. 122.000 € geringere Personalaufwendungen entstanden sind. Zudem fielen witterungsbedingt rd. 3.300 Stunden im Forstbetrieb aus und führten damit in diesem Bereich zu geringeren Personalkosten in Höhe von rd. 77.000 €.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Personalkosten im Jahr 2010 um 207.397,59 € erhöht. Das entspricht einer Steigerung von 16,99 % und ist überwiegend auf den ganzjährigen Betrieb weiterer Gruppen in der Kinderkrippe und den dortigen Tarifabschluss zurückzuführen.

Rückstellungen für Altersteilzeit - im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht - mussten nicht gebildet werden, weil beim Hospital bisher keine Vereinbarung zur Altersteilzeit vorliegt.

Bezeichnung	Plan 2010 Euro	Ergebnis 2010 Euro	Vergleich Euro
2. Bewirtschaftungskosten (SN 540)			
- Reinigungsmittel (541)	4.200,00	2.818,04	-1.381,96
- Fremdreinigung (5420)	45.900,00	37.138,76	-8.761,24
- Winterdienst (5421)	2.600,00	2.990,67	390,67
- Steuern und Abgaben (543)	61.100,00	63.335,74	2.235,74
- Wasser/Abwasser (5440)	33.400,00	26.926,50	-6.473,50
- Heizung (5441)	86.000,00	78.295,62	-7.704,38
- Strom (5442)	11.100,00	10.131,86	-968,14
- Leuchtmittel (5443)	0,00	1.117,92	1.117,92
	<u>244.300,00</u>	<u>222.755,11</u>	<u>-21.544,89</u>

Nachdem die im Haushaltsplan 2010 unterstellte Inbetriebnahme der Kinderkrippe Talfeld zum 01.09.2010 nicht realisiert werden konnte, ergab sich allein aus diesem Umstand bei den Bewirtschaftungskosten eine Reduzierung von 6.300 €.

Die Aufwendungen für Reinigungsmittel und Fremdreinigung konnten deutlich unter dem Planansatz abgeschlossen werden, da die Ansätze insbesondere bei der Kinderkrippe zu hoch geplant waren. Die Aufwendungen für den Winterdienst lagen leicht über dem Planansatz, weil der Winterdienst aufgrund von Leerständen bei weiteren Gebäuden zusätzlich benötigt wurde.

Die höheren Aufwendungen bei Steuern und Abgaben resultieren einerseits aus höheren Kosten bei der Müllentsorgung in der Kinderkrippe und andererseits aus leicht gestiegenen Kosten bei der Gebäudebrandversicherung.

Die geringeren Aufwendungen für Wasser und Abwasser sind überwiegend auf niedrigere Verbräuche zurückzuführen. Für die vom Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft verwalteten Gebäude wurde eine Erhöhung des Bezugspreises kalkuliert, die jedoch nicht eingetreten ist.

Darüber hinaus konnten auch die Heizkosten unterschritten werden. Insbesondere für die vom Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft verwalteten Gebäude war eine Erhöhung der Bezugspreise unterstellt, die jedoch in der prognostizierten Höhe nicht eingetreten ist.

Die Aufwendungen für Strom und Leuchtmittel liegen insgesamt betrachtet leicht über dem Planansatz. Der Mehraufwand ist vor allem auf nicht geplante Aufwendungen für den Roten Bau zurückzuführen.

Die Bewirtschaftungskosten haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rd. 12.500 € (Vorjahr: rd. 11.600 €) erhöht, allerdings sind durch den ganzjährigen Betrieb von 2 weiteren Gruppen in der Kinderkrippe zusätzliche Kosten angefallen.

2.3 Ergebnisanalyse Verwaltungshaushalt

Das Rechnungsergebnis 2010 weist gegenüber den Planzahlen auf der Ertragsseite per Saldo Wenigererträge in Höhe von 37.309,62 € und auf der Aufwandsseite Wenigeraufwendungen in Höhe von - 641.192,37 € aus. Zusammengefasst ergibt dies dann eine um 603.882,75 € höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt als geplant.

Bei den Holzerlösen des Forstbetriebes konnten wie bereits in den Vorjahren Mehrerträge in Höhe von 205.299,37 € erzielt werden. Der tatsächliche Einschlag im Jahr 2010 entsprach weitgehend der Planung, jedoch lagen die erzielten Holzpreise durchweg höher als bei der Haushaltsplanung unterstellt.

Bei den Zinserträgen aus Geldanlagen sind insgesamt Mehrerträge in Höhe von 57.912,23 zu verzeichnen. Das bessere Ergebnis ist ausschließlich auf die in dieser Höhe nicht erwarteten vorwiegend unrealisierten Erfolge aus dem Vermögensverwaltungsvertrag zurückzuführen. Zudem fiel der aus dem Castor-Nachlass prognostizierte Ertrag deutlich höher aus als angenommen.

Bei den Gebühren und damit den Elternbeiträgen für die Kinderkrippe sind insgesamt betrachtet Wenigererträge in Höhe von 10.503,00 € zu verzeichnen. Durch die zeitliche Verschiebung der Baumaßnahme Kinderkrippe Talfeld konnten die geplanten Erträge in Höhe von 22.100,00 € nicht erzielt werden, demgegenüber stehen jedoch aufgrund der guten Auslastung Mehrerträge in Höhe von 11.597,00 € bei der Kinderkrippe Mühlweg einschließlich Außengruppe.

Bei der Weiterleitung der Zuschüsse der Stadt Biberach für die Kinderkrippe (ehemalige Betriebskostenförderung) haben sich insgesamt Wenigererträge von 99.177,47 € ergeben. Davon entfallen allein 47.600,00 € auf den Anteil für die geplante Kinderkrippe Talfeld. Durch den um rd. 180.000 € geringeren Abmangel bei der bestehenden Kinderkrippe verringert sich auch die finanzielle Beteiligung der Stadt um 51.177,47 €.

Durch das bessere Ergebnis der Kinderkrippe verringert sich auch der von den Kooperationspartnern zu tragende Abmangel an den Betriebskosten. Insgesamt resultieren daraus geringere Erträge in Höhe von 32.224,90 €.

Die Mieterträge aus dem Allgemeinen Grundvermögen haben weitgehend der Planung entsprochen.

Bedeutende Mehraufwendungen in Höhe von 603.882,75 € sind durch die höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt entstanden.

Aus dem guten Ergebnis der Forstwirtschaft - bedingt durch höhere Holzerlöse und Einsparungen bei den Sachkosten - resultieren Mehraufwendungen in Höhe von 73.961,18 durch die Weiterreichung des Anteils der Stadt am Reinertrag.

Die Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung bewegen sich auf dem Niveau des Planansatzes. Für die im Jahr 2010 noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen wurden Haushaltsausgabereise gebildet.

Deutliche Wenigeraufwendungen in Höhe von 309.393,25 € konnten wie bereits dargestellt bei den Personalaufwendungen erreicht werden. Zudem konnten bei den Bewirtschaftungskosten geringere Kosten in Höhe von 21.544,89 € erzielt werden.

Bei den weiteren Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sowie Geschäftsaufwendungen sind insgesamt 87.572,81 € weniger angefallen als geplant. Diese Einsparung ist einerseits auf geringere Sachkosten im Forstbetrieb und andererseits auf geringere Verwaltungs- und Geschäftsaufwendungen in nahezu allen Einrichtungen des Hospitals zurückzuführen.

Darüber hinaus fiel der Aufwand für den Kostenanteil am städtischen Forstamt aufgrund von Einsparungen bei den Sachkosten und höheren Ersätzen aus der Privatwaldbetreuung um 10.713,40 € geringer aus als geplant.

Die kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen) sind mit insgesamt 181.802,84 € unter dem Planansatz geblieben, dem gegenüber stehen jedoch - aufgrund der Verrechnung in der Kameralistik - geringere Erträge in gleicher Höhe. Im Rahmen der Erfassungs- und Bewertungsarbeiten für die Erstellung der Eröffnungsbilanz müssen insbesondere die bestehenden Restbuchwerte der Gebäude angepasst und in der Regel um nicht aktivierungsfähige Kosten reduziert werden, so dass entsprechende Abweichungen zu den ursprünglich geplanten Haushaltsansätzen zu Stande kommen.

Das bewegliche Vermögen aller hospitalischen Einrichtungen ist bereits vollständig in den Anlagenachweisen enthalten und umfasst entsprechend den gesetzlichen Vorgaben alle seit dem Jahr 2008 beschafften Anlagegüter. Für einzelne Einrichtungen (z. B. Kinderkrippe) sind auch bewegliche Vermögensgegenstände aufgenommen, die vor dem Jahr 2008 beschafft wurden.

Rund ein Drittel der hospitalischen Verwaltungs- und Wohngebäude war zum Jahresabschluss 2010 bereits einschließlich Grundstück und Außenanlagen nach den Vorschriften des neuen Haushaltsrechts bewertet. Die Anlagenachweise der restlichen Gebäude müssen noch vollständig überarbeitet werden, allerdings fehlen hierfür teilweise noch die Unterlagen und Erfassungsdaten der Fachämter. Für die Wohngebäude, die durch den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft verwaltet werden und zum Verkauf anstehen, wird derzeit keine Überprüfung bestehender Anlagenachweise vorgenommen.

Die Bewertung der Waldflächen einschließlich dem Aufwuchs und der Kleingartenanlagen kann voraussichtlich bis zum 1. Quartal 2012 abgeschlossen werden. Insgesamt betrachtet befinden wir uns damit auf einem guten Weg für die Erstellung der doppelischen Eröffnungsbilanz.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt erreicht mit 2.169.882,75 € einen Anteil von 30,45 % der Aufwendungen des Verwaltungshaushalts (Vorjahr: 42,10 %; Vorvorjahr: 35,86 %). Die Nettoinvestitionsrate, d. h. die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt abzüglich der ordentlichen Tilgung und der Kreditbeschaffungskosten, beträgt 2.154.290,00 € (Vorjahr: 3.249.090,67 €, Vorvorjahr: 2.325.717,24 €) und hat sich damit gegenüber den Vorjahren verringert.

2.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

An über- und außerplanmäßigen Ausgaben fielen im Jahr 2010 insgesamt 625.369,75 € (Vorjahr: 1.345.012,09 €) an. Davon waren 21.487,00 € im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses genehmigt.

Die restlichen 603.882,75 € über- und außerplanmäßigen Ausgaben entfielen in voller Höhe auf die höhere Zuführung zum Vermögenshaushalt und werden mit den Jahresabschlussbeurkundungen im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses nachträglich genehmigt. Sie sind im Rahmen des Gesamtergebnisses gedeckt.

2.5 Haushalts- und Kassenreste

Haushaltseinnahmereste dürfen im Verwaltungshaushalt nicht gebildet werden.

Haushaltsausgabereste wurden in Höhe von 49.915,48 € gebildet (Vorjahr: 19.000,00 €). Hierbei handelt es sich um Mittel für die Gebäudeunterhaltung beim Allgemeinen Grundvermögen und der Kinderkrippe (24.000,00 €) sowie für den Internetauftritt des Hospitals (12.724,80 €). Darüber hinaus wurden bei der bestehenden Kinderkrippe Mittel für die Ausstattung (11.690,68 €) und für die Erarbeitung einer Konzeption (1.500,00 €) übertragen.

Kasseneinnahmereste bestehen im Verwaltungshaushalt in Höhe von 42.934,87 € (Vorjahr: 638.947,04 €), davon entfallen allein 23.476,16 € auf noch offene Rechnungen für Holzverkäufe aus dem Monat Dezember 2010, die zwischenzeitlich aber in voller Höhe beglichen sind. Mit Ausnahme von ausstehenden Elternbeiträgen (4.640,60 €) sowie Mieten und Pachten des Allgemeinen Grundvermögens (7.449,59 €) sind die weiteren Kasseneinnahmereste weitgehend abgrenzungstechnisch bedingt.

Kassenausgabereste bestehen in Höhe von 67.056,60 € (Vorjahr: 86.139,15 €). Sie sind wie in den Vorjahren insbesondere bei den Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten sowie Geschäftsaufwendungen angefallen und überwiegend abgrenzungstechnisch bedingt.

3. Vermögenshaushalt

3.1 Ergebnis der Jahresrechnung

	Einnahmen ohne Rücklagenentnahme	Ausgaben	Rücklagen- entnahme
	Euro	Euro	Euro
Haushaltsplan 2010	1.882.000,00	6.838.000,00	4.956.000,00
Ergebnis 2010	2.423.319,38	5.118.440,59	2.695.121,21
Abweichungen	541.319,38	-1.719.559,41	-2.260.878,79

Die Haushaltssatzung enthielt im Jahr 2010 keine Kreditermächtigung. Aufgrund der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt und den deutlich geringeren Auszahlungen im Vermögenshaushalt mussten der Allgemeinen Rücklage nur Mittel in Höhe von 2.695.121,21 € entnommen werden und damit rd. 2,26 Mio. € weniger als geplant. Zum Ausgleich des Vermögenshaushalt haben auch die höheren Einnahmen in Höhe von 541.319,38 € beigetragen. Insgesamt weist die Allgemeine Rücklage zum 31.12.2010 noch einen Stand von 14,03 Mio. € (Vorjahr: 16,72 Mio. €) aus und nimmt damit seit dem Jahr 2009 kontinuierlich ab.

Die nachfolgende Auswertung der Gruppierungsübersicht soll die Ursachen der Planabweichungen und damit die Verbesserung des Ergebnisses aufzeigen.

3.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht

<u>Einnahmen Vermögenshaushalt</u>		Plan 2010	Ergebnis 2010	Vergleich +/-	
		Euro	Euro	Euro	%
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	1.566.000,00	2.169.882,75	603.882,75	42,39
31	Entnahme aus Rücklagen	4.956.000,00	2.695.121,21	-2.260.878,79	52,66
32	Rückflüsse von Darlehen				
325-327	von übrigen Bereichen	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	40.000,00	216.535,00	176.535,00	4,23
36	Zuweisungen und Zuschüsse				
360	vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	240.000,00	0,00	-240.000,00	0,00
361-363	vom Land, Gemeinden, GV	0,00	0,00	0,00	0,00
365-367	von anderen Bereichen	36.000,00	36.901,63	901,63	0,72
368	Rückzahlungen Dritter	0,00	0,00	0,00	0,00
37	Einnahmen aus Krediten				
370,371	vom Bund, Land	0,00	0,00	0,00	0,00
372,373	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00
374,377	vom sonstigen Bereich, Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00
378	Umschuldungen	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Einnahmen Vermögenshaushalt	6.838.000,00	5.118.440,59	-1.719.559,41	100,00

<u>Ausgaben Vermögenshaushalt</u>		Plan 2010	Ergebnis 2010	Vergleich +/- Euro	%
		Euro	Euro		
91	Zuführungen an Rücklagen			0,00	0,00
93	Vermögenserwerb				
930	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
932,933	Erwerb von Grundstücken	290.000,00	13.043,16	-276.956,84	0,25
935,936	Erwerb von beweglichen Sachen	82.300,00	64.519,11	-17.780,89	1,26
94-96	Baumaßnahmen	6.450.000,00	5.025.285,57	-1.424.714,43	98,19
97	Tilgung von Krediten u. Inneren Darlehen				
970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	1.100,00	1.089,00	-11,00	0,02
971	an Land	13.400,00	13.358,45	-41,55	0,26
972	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.200,00	1.145,30	-54,70	0,02
9771	an Kreditmarkt (ordentliche Tilgung)	0,00	0,00	0,00	0,00
9772	an Kreditmarkt (außerordentliche Tilgung)	0,00	0,00	0,00	0,00
978	Umschuldungen	0,00	0,00	0,00	0,00
98	Investitionszuweisungen u. -zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Ausgaben Vermögenshaushalt	6.838.000,00	5.118.440,59	-1.719.559,41	100,00

3.3 Ergebnisanalyse des Vermögenshaushalts

Das Rechnungsergebnis weist gegenüber den Planzahlen auf der Einzahlungsseite (Einnahmen) - ohne Berücksichtigung der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt und der geringeren Rücklagenentnahme - per Saldo ein Minus von 62.563,37 € und auf der Auszahlungsseite (Ausgaben) Wenigerauszahlungen in Höhe von 1.719.559,41 € aus.

Bedingt durch das gute Ergebnis des Verwaltungshaushalts konnten dem Vermögenshaushalt 603.882,75 € mehr zugeführt und damit das Ergebnis positiv beeinflusst werden. Zudem konnte die geplante Rücklagenentnahme vor allem durch die deutlich geringeren Auszahlungen im Vermögenshaushalt um 2.260.878,79 € reduziert werden; dieser Umstand führt letztendlich zu einer Wenigereinzahlung im Vermögenshaushalt in gleicher Höhe.

Die Einzahlungen aus den Veräußerungen von Grundstücken liegen mit 176.535,00 € deutlich über dem Planansatz. Die Mehreinzahlung ist ausschließlich auf die nicht geplante Veräußerung einer Teilfläche beim Bauhofgelände an die Stadt zurückzuführen.

Die im Rahmen der Realisierung der Kinderkrippe Talfeld unterstellte Investitionszuschuss des Bundes in Höhe von 240.000,00 € wurde aufgrund der Verzögerung der Maßnahme vom Amt für Bildung und Betreuung noch nicht beantragt und führt somit in dieser Höhe zu Wenigereinzahlungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen.

Der Ansatz für Baumaßnahmen wurde mit insgesamt 1.424.714,43 € deutlich unterschritten. Die deutlichen Wenigerauszahlungen liegen darin begründet, dass die Planansätze für den Neubau der Kinderkrippe Talfeld mit 1,00 Mio. € und das Energiekonzept auf dem Bürgerheimareal mit 300.000,00 € nicht in Anspruch genommen wurden und aufgrund fehlender Planungsgrundlagen kein Haushaltsausgabereist übertragen werden konnte. Die Mittel für diese Maßnahmen wurden im Haushaltsplan 2011 erneut eingeplant. Zudem konnte die Erweiterung der Kinderkrippe im bestehenden Gebäude Mühlweg 7/1 günstiger als geplant abgerechnet werden, wodurch weitere Wenigerauszahlungen in Höhe von 131.741,26 € entstanden sind. Für die weiteren Maßnahmen auf dem Bürgerheimareal wurden jeweils in voller Höhe entsprechende Haushaltsausgabereiste gebildet.

Grundstückserwerbe wurden im Jahr 2010 kaum getätigt, so dass hier Wenigerauszahlungen in Höhe von 276.956,84 € entstanden sind. Vor allem die für den Erwerb von Waldgrundstücken zur Verfügung gestellten Mittel konnten nicht abgerufen werden, weil derzeit kaum geeignete Waldflächen in der Region zum Kauf zur Verfügung stehen.

Der Erwerb von beweglichem Vermögen bleibt um 17.780,89 € hinter dem Ansatz zurück. Die Auszahlungen für die Tilgung der Kredite haben der Planung entsprochen.

3.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

An über- und außerplanmäßigen Ausgaben fielen im Jahr 2010 insgesamt 7.668,00 € an (Vorjahr: 35.914,00 €). Der gesamte Betrag in Höhe von 7.668,00 € war im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses genehmigt.

3.5 Haushalts- und Kassenreste

Haushaltseinnahmereste wurden im Jahr 2010 keine gebildet (Vorjahr: 40.000,00 €).

Haushaltsausgabereste wurden in Höhe von 2.596.848,97 € (Vorjahr: 6.919.988,72 €) gebildet. Bedeutende Haushaltsausgabereste wurden für den Neubau des Seniorenwohnhauses mit 1.364.388,31 €, die Sanierung des Hochhauses (Dienstleistungszentrum mit Betreutem Wohnen) mit 632.839,93 € und die Freiraumplanung auf dem Bürgerheimareal mit 79.223,57 € sowie die Zuführung von Stammkapital an die Bürgerheim Biberach gGmbH mit 478.246,39 € gebildet. Zudem wurde für die Untersuchung des Roten Baus durch ein Architekturbüro ein Haushaltsausgabereist in Höhe von 42.150,77 € übertragen.

Kasseneinnahmereste bestehen im Vermögenshaushalt in Höhe von 2.166,23 € (Vorjahr: 0,00 €) und sind abgrenzungsbedingt aus der anteiligen Kostenübernahme der Stadt am Erwerb des beweglichen Vermögens beim Forstbetrieb.

Kassenausgabereste bestehen im Vermögenshaushalt keine (Vorjahr: 9.000,00 €).

4. Vermögensübersicht

4.1 Allgemeine Rücklage

Stand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.2010	16.724.081,85 €
Entnahme	2.695.121,21 €
Zuführung (Überschuss gem. § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO)	<u>0,00 €</u>
Stand Allgemeine Rücklage zum 31.12.2010	14.028.960,64 €

Gemäß § 20 Abs. 2 GemHVO soll der Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahre betragen.

Ergebnis 2007	6.562.804,50 €		
Ergebnis 2008	6.715.176,11 €		
Ergebnis 2009	<u>7.836.600,14 €</u>		
Jahresdurchschnitt	21.114.580,75 €	: 3	= 7.038.193,58 €
hieraus 2 %			140.763,87 €

Der Mindestbetrag wird damit um 13.888.196,77 € überschritten.

4.2 Darlehen

Schuldenstand zum 01.01.2010	507.331,75 €
Neuaufnahmen	0,00 €
./.. ordentliche Tilgung 2010	15.592,75 €
./.. außerordentliche Tilgung 2010	<u>0,00 €</u>
Schuldenstand zum 31.12.2010	491.739,00 €

Die Darlehen schlüsseln sich zum 31.12.2010 wie folgt auf:

Darlehen vom Bund	48.278,75 €
Darlehen vom Land	406.238,25 €
Darlehen von der Stadt Biberach	<u>37.222,00 €</u>
	491.739,00 €

Der Schuldenstand ist aufgrund des vorhandenen Rücklagenbestandes von untergeordneter Bedeutung. Im Jahr 2010 fielen für die Darlehen Zinsen in Höhe von insgesamt 2.517,16 € an. Für alle zum Stichtag 31.12.2010 vorhandenen Darlehen beträgt der Zinssatz aktuell 0,50 %.

4.3 Geldanlagen - allgemein

Stand zum 01.01.2010	17.500.000,00 €
Zugang	0,00 €
Abgang	<u>5.000.000,00 €</u>
Stand zum 31.12.2010	12.500.000,00 €

Zum 31.12.2010 ergibt sich folgender Wertpapierbestand:

Bank	Kategorie der Bank	Nominalwert
Volksbank Ulm-Biberach eG	Genossenschaftsbanken	2.500.000,00 €
Deutsche Kreditbank AG	Privatbanken	10.000.000,00 €
Gesamtsumme		12.500.000,00 €

Der gewichtete durchschnittliche Zinssatz der Wertpapiere betrug im Jahr 2010 rund 2,10 % (Vorjahr: 3,34 %). Die Zinssätze zum Stichtag 31.12.2010 betragen zwischen 2,00 % und 2,50 %.

Das historisch niedrige Zinsniveau am Geldmarkt im Jahr 2010 schlägt sich hier deutlich nieder.

4.4 Geldanlagen - Vermögensverwaltung

Der Gemeinderat als oberstes Stiftungsorgan hat am 26. März 2001 beschlossen, dass der Hospital zum Heiligen Geist in Biberach im Rahmen eines Vermögensverwaltungsvertrages mit der Kreissparkasse Biberach bis zu 25 % der Allgemeinen Rücklage, vorerst 3.067.751,29 € (urspr. 6 Mio. DM), in Aktien, Aktienfonds und festverzinslichen Wertpapieren anlegt. Ein entsprechender Vermögensverwaltungsvertrag wurde am 26. April 2001 geschlossen.

Bei der Anlage ist auf eine möglichst risikoarme Anlagestrategie zu achten. Bis 31.07.2006 durften in Aktien höchstens 30 % des Anlagekapitals und in Aktien- und Immobilienfonds ebenfalls höchstens 30 % des Anlagekapitals angelegt werden. Das restliche Kapital war in festverzinslichen Wertpapieren und Liquidität anzulegen.

Mit Wirkung zum 01.08.2006 wurde das Anlagekapital auf 3.400.000,00 € und die bisherige Anlagestrategie zugunsten einer höheren Sicherheit verändert. Der Anteil der risikobehafteten Anlagen (z. B. Aktien und Aktienfonds) ist nun auf maximal 30 % begrenzt und mindestens 70 % sind in festverzinsliche Wertpapiere und Liquidität anzulegen. Des Weiteren wurde eine Kapitalgarantie von 90 % des ursprünglichen Anlagebetrages vereinbart. Im 1. Quartal 2010 wurde zudem eine außerplanmäßige Ausschüttung in Höhe von 200.000 € aus dem liquiden Bestand des Vermögensverwaltungsvertrages vorgenommen.

Der Vermögensverwaltungsvertrag läuft zum 31.07.2011 aus und wird zur Auszahlung fällig. In seiner Sitzung vom 10.02.2011 hat der Hospitalrat die Hospitalverwaltung beauftragt, über mögliche Alternativen zum bestehenden Vermögensverwaltungsvertrag zu berichten. Der seit dem 2. Quartal 2009 begonnene Aufwärtstrend hielt während des gesamten Jahres 2010 an und führte damit zu einem in dieser Höhe nicht erwarteten Erfolg für den Vermögensverwaltungsvertrag.

Stand zum 01.01.2010	3.811.158,43 €
Zugang (Zinserträge, Kurserfolge)	221.227,79 €
Abgang (Kursverluste, Gebühren)	13.705,47 €
Einmalige Ausschüttung 1. Quartal 2010	<u>200.000,00 €</u>
Stand zum 31.12.2010 (Zeitwert)	3.818.680,75 €

Ohne Berücksichtigung der einmaligen Ausschüttung von 200.000,00 € ergibt sich für das Jahr 2010 ein Überschuss in Höhe von 207.522,32 € (Vorjahr: 301.060,26 €). Der Überschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Transaktionskosten/Vermögensverwaltungsgebühr	- 13.705,47 €
Zinserträge	9.730,28 €
Realisierter Kurserfolg	69.321,91 €
Unrealisierter Kurserfolg	<u>142.175,60 €</u>
Summe Überschuss	207.522,32 €

Der Hospitalrat wird regelmäßig über die Entwicklung des Vermögensverwaltungsvertrages informiert. Auf die dem Hospitalrat vorgelegte Drucksache Nr. 6/2011 wird verwiesen.

Bei einer isolierten Betrachtung des Jahres 2010 (ohne Berücksichtigung der einmaligen Ausschüttung) beträgt die durchschnittliche Verzinsung des Anlagebetrags im Vermögensverwaltungsvertrag rund 5,45 % (Vorjahr: 8,58 %) und bewegt sich in diesem Zeitraum somit deutlich über dem Niveau der Zinssätze für festverzinsliche Geldanlagen. Allerdings sind rund 2/3 der Erfolge noch nicht realisiert und somit ist die tatsächliche Verzinsung zum Ende der Vertragslaufzeit von der weiteren Entwicklung im 1. Halbjahr 2011 abhängig.

4.5 Beteiligungen

Stand zum 01.01.2010	501.025,00 €
Zugang	0,00 €
Abgang	<u>0,00 €</u>
Stand zum 31.12.2010	501.025,00 €

Die Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2009
Stammkapital Bürgerheim Biberach gGmbH	500.000,00 €	500.000,00 €
Einlage Holzhof Oberschwaben eG	1.025,00 €	1.025,00 €

Der Hospital ist seit dem 01.01.2005 mit einem Stammkapital von 500.000 € unmittelbar an der Bürgerheim Biberach gGmbH beteiligt. Die Bürgerheim Biberach gGmbH ist eine 100 %ige Tochter des Hospitals. Der Hospitalrat wird regelmäßig über die wirtschaftliche Lage der Bürgerheim Biberach gGmbH unterrichtet.

Nähere Ausführungen zum Wirtschaftsjahr 2010 der Bürgerheim Biberach gGmbH enthält der Geschäfts- und Lagebericht des Jahres 2010. Darüber hinaus wird auf den Beteiligungsbericht des Hospitals verwiesen, der Erläuterungen zur Beteiligung und deren Entwicklung im abgelaufenen Wirtschaftsjahr enthält.

Des Weiteren ist der Hospital unmittelbar mit einer Einlage in Höhe von 1.025,00 € an der Holzhof Oberschwaben eG beteiligt.

5. Kassenmäßiger Abschluss und Gesamtabchluss

Der Rechnungsabschluss weist eine Ist-Mehreinnahme in Höhe von 510.076,71 € aus (Vorjahr: 1.786.247,30 €).

Aufgrund der umfangreichen Baumaßnahmen auf dem Bürgerheimareal mussten im Jahr 2010 in größerem Umfang liquide Mittel aus der Einheitskasse der Stadt Biberach in Anspruch genommen werden. Die vorübergehenden Liquiditätsschwankungen konnten im Rahmen des gemeinsamen Cash-Managements ausgeglichen werden, so dass die Kassenliquidität des Hospitals während des gesamten Jahres 2010 gewährleistet war.

Eine stabile Kassenliquidität kann auch künftig gewährleistet werden, wenn die Ertragssituation stabil bleibt und höhere Beträge, die zur Auszahlung anstehen, rechtzeitig dem Cash-Management angezeigt werden.

Einnahmen:	Restesoll Euro	lfd. Soll Euro	Ist Euro	Rest Euro
Verwaltungshaushalt	638.947,04	7.125.690,38	7.721.702,55	42.934,87
davon KER ¹	638.947,04			42.934,87
Vermögenshaushalt	40.000,00	5.118.440,59	5.156.274,36	2.166,23
davon KER	0,00			2.166,23
SHV ²	26.470.868,29	1.486.091,85	8.287.738,69	19.669.221,45
davon KER	26.470.868,29			19.669.221,45
IME ³		510.076,71		510.076,71
Gesamt	27.149.815,33	14.240.299,53	21.165.715,60	20.224.399,26

Ausgaben:	Restesoll Euro	lfd. Soll Euro	Ist Euro	Rest Euro
Verwaltungshaushalt	105.139,15	7.125.690,38	7.113.857,45	116.972,08
davon KAR ⁴	86.139,15			67.056,60
Vermögenshaushalt	6.928.988,72	5.118.440,59	9.450.580,34	2.596.848,97
davon KAR	9.000,00			0,00
SHV	20.115.687,46	1.486.091,85	4.091.201,10	17.510.578,21
davon KAR	20.115.687,46			17.510.578,21
IME		510.076,71	510.076,71	
Gesamt	27.149.815,33	14.240.299,53	21.165.715,60	20.224.399,26

¹ KER: Kasseneinnahmereste

² SHV: Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge

³ IME: Ist-Mehreinnahme

⁴ KAR: Kassenausgabereste

6. Risikobetrachtung

Der Hospital als Stiftung des öffentlichen Rechts ist bei der Wahrnehmung seiner durch den Stiftungszweck definierten Aufgaben unterschiedlichen Risiken und künftigen Herausforderungen unterworfen, die nachfolgend kurz beschrieben werden sollen.

6.1 Originäre Stiftungsaufgaben

Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote hat nach wie vor in Deutschland politisch und gesellschaftlich besondere Bedeutung und nimmt auch die Stadt Biberach bei der Planung und Realisierung von Kinderbetreuungsangeboten in die Pflicht. Der Hospital trägt derzeit und auch künftig wesentlich zum Krippenangebot in Biberach bei. Inwieweit die Hospitalstiftung darüber hinaus noch weitere Einrichtungen zur Kleinkindbetreuung stemmen kann, wird zum einen vom gesetzlichen Kostenausgleich der Standortgemeinde und zum anderen von den künftigen finanziellen Möglichkeiten des Hospitals abhängen.

Aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung ist bereits ein zunehmender Bedarf an seniorengerechten Betreuungsplätzen und -angeboten erkennbar. Die Betreuungsformen in den verschiedenen Einrichtungen sollten dabei unterschiedlich sein und sich stetig weiterentwickeln. Mit den bereits getätigten sowie den noch geplanten Investitionen und Neustrukturierungen auf dem Bürgerheimareal versucht der Hospital dem Wandel Rechnung zu tragen und die hierfür erforderlichen erheblichen Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Schaffung von zeitgemäßen Betreuungsplätzen und die Aufrechterhaltung des laufenden Pflegebetriebs kann jedoch finanziell nur gestemmt werden, wenn eine entsprechende Refinanzierung der Investitionen durch eine dauerhaft gute Auslastung der Einrichtung gewährleistet ist. Zudem muss sich die Bürgerheim Biberach gGmbH durch ihre Erlöse ausschließlich selbst finanzieren, da eine mögliche Verlustübernahme durch den Hospital die Stiftung in ihrer Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigen würde.

Aufgrund des demographischen Wandels können die Altenhilfefachberatung und der Ochsenhauser Hof zuversichtlich in die Zukunft blicken. Die Nachfrage und Inanspruchnahme der Angebote scheint mittelfristig ohne erkennbare Risiken gesichert zu sein.

6.2 Vermögensverwaltung

Stetig steigende Energiepreise und die Finanzmarktkrise haben gezeigt, dass es richtig ist, die Forstwirtschaft als stabiles Standbein des Hospitals zu betrachten. Die steigende Bedeutung von erneuerbaren Energien ist auch in der Holzbranche bemerkbar. Zudem trägt auch jeder wirtschaftliche Aufschwung zu einem höheren Absatz beim Industrieholz bei. Der verstärkte Erwerb von weiteren Waldgrundstücken ist grundsätzlich zu begrüßen, wenngleich es immer schwieriger wird, geeignete Flächen in der Region zur Bewirtschaftung aufzukaufen. Dennoch ist die Waldwirtschaft gänzlich den Witterungsbedingungen und den negativen Folgen der Klimaveränderung ausgeliefert, welche ein Risikopotential für den Wald selbst und das Ertragsaufkommen aus Holzerlösen für den Hospital darstellen.

Nachdem bei den Wohn- und Geschäftsgebäudes des Hospitals in größerem Umfang Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen anstehen, war es konsequent, sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für die Veräußerung von einzelnen Objekten zu entscheiden, um im Bereich der Wohnungswirtschaft handlungsfähig zu bleiben. Gleichzeitig sind mittelfristig größere Summen für Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen bereit zu stellen, die sich dann langfristig durch die Vermietung der Gebäude wieder amortisieren. Abzuwarten bleibt, ob für den Roten Bau zeitnah eine mit dem Stiftungsrecht vereinbare und finanzierbare Lösung gefunden wird.

Spätestens seit der letzten Finanzmarktkrise ist allen bewusst geworden, welche Risiken und Gefahren im Finanz- und Bankensystem stecken können. Trotz der Erholung und des derzeitigen Aufschwungs an den Finanz- und Aktienmärkten sind wir noch weit vom Zinsniveau des Sommers 2008 entfernt. Das niedrige Zinsniveau wird sich somit mittelfristig auf die Erträge aus Geldanlagen negativ auswirken und trifft damit insbesondere Stiftungen, die ihre Aufgaben aus Kapital-Erträgen finanzieren müssen. Darüber hinaus trägt die kontinuierliche Abschmelzung der Allgemeinen Rück-

lage wesentlich dazu bei, dass die Zinserträge des Hospitals jährlich weiter zurückgehen werden und damit im Gegensatz zur Vergangenheit weniger Erträge für die nachhaltige Erfüllung von bestehenden Aufgaben des Hospitals zur Verfügung stehen werden. Die angestrebte Kreditfinanzierung von Investitionen kann diese Entwicklung nur geringfügig entlasten, da den ggf. auftretenden höheren Zinserträgen langfristig zusätzliche Zins- und Tilgungsleistungen für die Darlehen gegenüber stehen.

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens werden die Abschreibungen und Rückstellungen im Ergebnishaushalt und der Bilanz ausgewiesen und müssen im Rahmen des Haushaltsausgleichs vollständig erwirtschaftet werden. Spätestens hier wird sich zeigen, in welchem Umfang der Hospital in der Lage sein wird, seinen Ressourcenverbrauch und Werteverzehr jährlich zu finanzieren. Entsprechend den daraus resultierenden Ergebnissen wird erkennbar sein, welcher Handlungsspielraum für neue Investitionen und Aufgaben künftig besteht.

7. Schlussbetrachtung

Die Hospitalstiftung kann auch im Jahr 2010 ein ordentliches Rechnungsergebnis vorweisen. Infolge des guten Ergebnisses im Verwaltungshaushalt konnten dem Vermögenshaushalt rd. 600.000 € mehr zugeführt werden als geplant.

Im Haushaltsplan 2010 war zunächst vom Amt für Bildung, Betreuung und Sport sehr optimistisch unterstellt, dass die Kinderkrippe Talfeld bereits im September 2010 ihren Betrieb aufnehmen kann. Nachdem die Baumaßnahme jedoch im Jahr 2010 nicht in Angriff genommen wurde, sind hier zum einen geringere Aufwendungen in Höhe von 114.390 € entstanden, jedoch auch Wenigererträge von rd. 71.700 zu verzeichnen.

Wie bereits in den Vorjahren hat die Forstwirtschaft mit ihren Mehrerträgen aus den Holzerlösen wieder erheblich zur guten Ertragsentwicklung beigetragen. Weiterhin stabil waren auch die Mieterträge aus den Wohn- und Geschäftsgebäuden sowie die Zinserträge aus den Geldanlagen. Insgesamt war bei allen Einrichtungen - auch bedingt durch reduzierte Aufwendungen - ein geringerer Abmangel als geplant zu verzeichnen.

Im Vermögenshaushalt konnte insgesamt ein besseres Ergebnis als geplant erzielt werden. Durch die höhere Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt sowie den Mehrerträgen und Wenigeraufwendungen im Vermögenshaushalt mussten der Allgemeinen Rücklage insgesamt rd. 2,26 Mio. € weniger entnommen werden als ursprünglich geplant. Die Allgemeine Rücklage weist damit zum 31.12.2010 noch einen Stand von 14,03 Mio. €. Die Investitionsschwerpunkte lagen im Jahr 2010 vor allem bei den Neu- und Umbaumaßnahmen auf dem Bürgerheimareal. Noch nicht ausgeschöpfte Investitionsmittel wurden in das Folgejahr übertragen oder im Haushaltsplan 2011 erneut eingeplant.

Das Jahresergebnis 2010 macht deutlich, dass die Finanzausstattung des Hospitals nach wie vor solide ist. Dennoch zehren die millionenschweren Investitionen des Hospitals an der Allgemeinen Rücklage. Hinzu kommt, dass mit den derzeitigen Zinssätzen nur geringe Zinserträge an den Finanzmärkten erzielt werden können und damit die Ertragskraft des Hospitals rückläufig ist.

Die begonnenen und noch anstehenden Investitionen sind für die künftige Ausrichtung und Weiterentwicklung der Hospitalstiftung insgesamt notwendig. Sie müssen sich langfristig refinanzieren, um die Folgekosten schultern zu können. Gleichzeitig müssen auch die bereits bestehenden Einrichtungen und Angebote weiterhin zuverlässig und nachhaltig weitergeführt werden. Mit den bisher übernommenen Aufgaben leistet die Hospitalstiftung einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand in Biberach und wird damit auch künftig ein verlässlicher Partner für die Stadt Biberach sein.



Leonhardt
Kämmereiamt



Wersch
Hospitalverwalter

Haushaltseinnahmereste 2010 - Hospital								
HHSt.	VKZ	Bezeichnung	Bw. St.	Bewilligung Betrag	HER 2009	2010 geplant	2010 eingegangen	HER 2010
					Euro	Euro	Euro	Euro
4640	Kinderkrippe							
	.360000.7	001 Zuschüsse vom Bund	20	140.000,00	40.000,00	0,00	40.000,00	0,00
4641	Kinderkrippe Tafeld							
	.360000.5	001 Zuschüsse von Dritten	40		0,00	240.000,00	0,00	0,00
					40.000,00	240.000,00	40.000,00	0,00

Haushaltsausgabereste 2010 - Hospital							
Haushaltsstelle	VKZ	Bezeichnung	bewilligter HAR 2009	Plan 2010	Sperre: - üpl.: +	bisher ausgegeben	bewilligter HAR 2010
			€	€	€	€	€
Verwaltungshaushalt							
0000	Hospitalorgane						
	.632000.1	Öffentlichkeitsarbeit	14.000,00	7.000,00		8.275,20	12.724,80
3210	Archiv						
	.584000.8	Ergänzung, Unterhaltung Archivalien	5.000,00	8.000,00		6.944,84	0,00
4311	Altenhilfefachberatung						
	.632000.8	Öffentlichkeitsarbeit	0,00	10.000,00		2.353,21	0,00
4640	Kinderkrippe						
	.500000.2	Gebäudeunterhaltung	0,00	12.100,00	1.204,00	11.129,81	2.000,00
	.521000.7	Unterhaltung der Einrichtung	0,00	13.300,00	-13.300,00	0,00	0,00
	.522000.2	Besonderer Sachbedarf	0,00	6.000,00	13.300,00	7.373,32	11.690,68
	.632000.0	Öffentlichkeitsarbeit	0,00	1.500,00		0,00	1.500,00
8800	Allgemeines Grundvermögen						
	.500000.8	Gebäudeunterhaltung	0,00	142.500,00	-793,00	118.744,02	22.000,00
Summe Verwaltungshaushalt:			19.000,00	200.400,00		154.820,40	49.915,48
Vermögenshaushalt							
0000	Hospitalorgane						
	.935000.3	900 Erwerb bewegl. Anlagevermögen	0,00	5.000,00	-306,00	0,00	0,00
4300	Bürgerheim - Altenheim						
	.940000.1	100 Neubau Pflegeheim	5.611.033,57	4.750.000,00		8.996.645,26	1.364.388,31
	.944000.3	100 Energiekonzept	0,00	300.000,00		5.284,03	0,00
	.945000.9	100 Sanierung Hochhaus - DLZ mit Betreutem Wohnen	504.506,21	250.000,00		121.666,28	632.839,93
	.950000.6	100 Freiraumplanung	0,00	150.000,00		70.776,43	79.223,57
	.930000.7	900 Zuführung an Stammkapital	478.246,39	0,00		0,00	478.246,39
	.940000.1	900 Gesamtkonzeption Bürgerheimareal	0,00	0,00	6.120,00	6.120,00	0,00
4310	Ochsenhauser Hof						
	.935000.1	900 Erwerb bewegl. Anlagevermögen	0,00	3.000,00		870,73	0,00
4640	Kinderkrippe						
	.935000.2	900 Erwerb bewegl. Anlagevermögen	0,00	7.300,00		5.052,77	0,00
	.940000.0	900 Erweiterung Kinderkrippe	189.820,55	0,00		58.079,29	0,00
8551	Forstamt						
	.932000.7	100 Erwerb von Grundstücken	85.000,00	250.000,00		97.716,15	0,00
8800	Allgemeines Grundvermögen						
	.941000.0	101 Erweiterung/Ausbau DG Ba-Wa	9.231,23	0,00		4.854,03	0,00
	.932000.1	900 Erwerb von Grundstücken	0,00	40.000,00		327,01	0,00
	.941000.0	900 Umbau Roter Bau	42.150,77	0,00		0,00	42.150,77
Summe Vermögenshaushalt:			6.919.988,72	5.755.300,00			2.596.848,97

Kasseneinnahmereste 2010

Verwaltungshaushalt

HH-Stelle	Bezeichnung	Betrag
	Finanzverwaltung	
1.0300.261000.4	Säumniszuschläge, Verzugszinsen u. ä.	211,32 €
	Kinderkrippe	
1.4640.110000.2	Elternbeiträge	4.640,60 €
1.4640.168000.9	Ersätze Dritter	3.157,20 €
1.4640.172000.0	Zuschüsse von Gemeinden	4.000,00 €
	Gemeinschaftlicher Forstbetrieb	
1.8552.131000.6	Holzerlöse	23.476,16 €
	Allgemeines Grundvermögen	
1.8800.140000.1	Mieten - Hospital	7.423,57 €
1.8800.144000.3	Pachten - Hospital	26,02 €
	Summe	42.934,87 €

Vermögenshaushalt

HH-Stelle	Bezeichnung	Betrag
	Einnahmen	
2.8552.367000.4-001	Zuschüsse vom übrigen Bereich	2.166,23 €
	Summe	2.166,23 €

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen auf einen Blick

Bezeichnung			2010	2009	2008	2007	2006
VwH	Einwohner am 30.06.		32.463	32.410	32.151	32.147	32.215
	Gesamteinnahmen / Gesamtausgaben	0-2 / 4-8 TEUR	7.126	7.837	6.715	6.563	6.588
	Personalausgaben	4 TEUR	1.428	1.221	925	792	696
	Anteil am VwH		20%	16%	14%	12%	11%
	Unterhaltungsausgaben Gebäude	500 TEUR	200	137	122	90	157
	Anteil am VwH		3%	2%	2%	1%	2%
	Sonstiger sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	5/6 TEUR	1.010	910	896	865	1.131
	Anteil am VwH		14%	12%	13%	13%	17%
	Kasseneinnahmereste VwH	TEUR	43	639	84	102	395
	Anteil am VwH		1%	8%	1%	2%	6%
	Zuführung zum VmH	860 TEUR	2.170	3.300	2.408	2.627	2.322
	Anteil am VwH		30%	42%	36%	40%	35%
Netto-Investitionsrate	TEUR	2.154	3.249	2.323	2.548	2.246	
Je Einwohner		66 €/EW	100 €/EW	72 €/EW	79 €/EW	70 €/EW	
VmH	Gesamteinnahmen / Gesamtausgaben	3 / 9 TEUR	5.118	6.593	2.969	5.068	2.451
	Haushaltseinnahmereste	TEUR	0	40	429	0	0
	Anteil am VmH		0%	1%	14%		
	Haushaltsausgaberreste	TEUR	2.597	6.920	3.752	1.405	1.481
	Anteil am VmH		51%	105%	126%	28%	60%
	Investitionen	92-96 TEUR	5.103	6.427	2.512	2	824
	Anteil am VmH		100%	97%	85%	0%	34%
	Tilgung	97 TEUR	16	416	86	79	76
Rücklagenzuführung	91 TEUR	0	0	125	4.987	1.551	
Anteil am VmH				4%	98%	63%	
Rücklagenentnahme	31 TEUR	2.695	3.214	0	1.075	2.322	
Anteil am VmH		53%	49%		21%	95%	
Schulden	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	TEUR	492	507	923	1.008	1.085
	Je Einwohner		15 €/EW	16 €/EW	29 €/EW	31 €/EW	34 €/EW
Allgemeine Rücklage	Allgemeine Rücklage	TEUR	14.029	16.724	19.938	19.814	15.902
Beteiligungen	unmittelbare Beteiligungen	TEUR	501	501	501	501	501
	davon an Bürgerheim Biberach gGmbH	TEUR	500	500	500	500	500